

**Summary:** For decades, the discussion about inequalities in the German educational system has almost exclusively focused on secondary schools, in particular high schools („Gymnasium“). Access to these schools is highly dependent on children's social and familial background. Therefore, these factors are decisive for the educational success and career chances of children. In addition to this vertical inequality there are now signs of growing horizontal inequalities at primary schools. This article analyzes three trends that show: Social segregation is also advancing at German primary schools.

**Kurz gefasst:** Die Diskussion über soziale Ungleichheit im deutschen Bildungssystem wurde jahrzehntelang fast ausschließlich mit Blick auf die Sekundarstufe, besonders die Gymnasien geführt. An dieser Schulform sind die Zugangschancen stark an die soziale Herkunft gebunden, sie entscheidet über den Aufstieg im Bildungssystem. Zusätzlich zu dieser vertikalen Ungleichheit gibt es allerdings mittlerweile vermehrt Anzeichen von wachsenden horizontalen Ungleichheiten an den Grundschulen. Der Beitrag analysiert drei Trends, die zeigen, dass die soziale Spaltung auch an deutschen Grundschulen fortschreitet.

# (K)eine Schule für alle Die Ungleichheit an deutschen Grundschulen nimmt zu

Marcel Helbig

Fast 100 Jahre ist es her, dass die gemeinsame vierjährige Grundschule für alle Kinder in Deutschland zur Pflicht wurde. Mit der Weimarer Reichsverfassung von 1919 und dem Grundschulgesetz von 1920 wurde das System aus meist bezahlpflichtigen privaten Vorschulen und anschließenden Gymnasien nachhaltig geändert. Ein Grund für diese Entwicklung war auch der vom Ökonomen Thomas Piketty beschriebene Rückgang wirtschaftlicher Ungleichheiten zur Vorkriegszeit und die damit verbundene Schwäche der alten Elite. Zwar gab es nach dem Zweiten Weltkrieg heftige Diskussionen um die Grundschule, die sich in unterschiedlichen Grundschulzeiten in den Bundesländern niederschlugen – in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein waren es sechs Jahre, in Berlin sogar acht. Doch wurden zwei Aspekte der Reformen von 1919 und 1920 nicht mehr infrage gestellt: Dass die Grundschule in Deutschland mindestens 4 Jahre dauert und eine Schule für alle Kinder ist. Sie wurde deshalb bis in die 1960er-Jahre auch „Volksschule“ genannt und war so jahrzehntelang das Symbol für eine Schulform, die alle Schichten der Gesellschaft integriert.

Dagegen ist besonders das Gymnasium von jeher jene Schulform, zu der bestimmte Personengruppen deutlich seltener Zugang erhalten: so das „katholische Arbeitermädchen vom Lande“ in den 1960er-Jahren oder der „Migrantenjunge“ aus der Großstadt heutzutage. Nirgendwo werden soziale Ungleichheiten offensichtlicher als beim Übergang auf weiterführende Schulen wie das Gymnasium. Unter Verweis auf zweite oder dritte Bildungswege werden diese „vertikalen“ Ungleichheiten, die sich durch das streng gegliederte Schulsystem herausbilden, in der öffentlichen Diskussion relativiert. Das gymnasiale Entwicklungsmilieu bietet seinen Schülerinnen und Schülern jedoch weitere Vorteile als nur die Hochschulzugangsberechtigung. So zeigen Studien, dass der Arbeitsmarkt es auch heute noch honoriert, wenn die erste Fremdsprache einer Bewerberin oder eines Bewerbers Latein war – ein Fach, das es als erste Fremdsprache nur auf dem Gymnasium gibt. Gymnasien haben außerdem häufiger internationale Partnerschulen oder langjährig gewachsene Netzwerke, die zum Beispiel Auslandsschuljahre deutlich erleichtern, als etwa eine Gesamtschule oder ein berufliches Gymnasium.

Allerdings gibt es mittlerweile – durch die Fokussierung auf die Rolle des Gymnasiums in der öffentlichen Diskussion weitgehend unbemerkt – auch Hinweise auf horizontale Ungleichheiten, also solche innerhalb des Grundschulsystems. Die Schulgemeinschaften werden sozial homogener. Diese Symptome

einer waagerechten Segregation sind zwar nicht flächendeckend zu beobachten, treten aber bei genauerer Analyse deutlich hervor und lassen sich anhand von drei Beispielen verdeutlichen. Interessanterweise treten diese Symptome zunehmender horizontaler Segregation verstärkt in einer Zeit auf, während der auch die Einkommens- und Vermögensungleichheiten in der deutschen Gesellschaft deutlich zugenommen haben.

Das erste Beispiel finden wir in Nordrhein-Westfalen. Seit Gründung der Bundesrepublik gibt es im dortigen Grundschulbereich (in kleinerem Ausmaß auch in Niedersachsen) ein Parallelsystem von öffentlichen Gemeinschaftsschulen und öffentlichen Bekenntnisschulen. Im Schuljahr 2017/18 gab es 88 evangelische, 814 katholische, 2 jüdische, eine mennonitische und eine Weltanschauungsschule. Ihnen stehen 1881 Grundschulen „ohne Bekenntnisbezug“ gegenüber. Laut Daten des Statistischen Landesamts liegt der Anteil von Bekenntnisgrundschulen in Münster bei knapp 70 Prozent, in Düsseldorf bei rund 45 Prozent und in Köln bei 35 Prozent. Über viele Jahre war diese ungewöhnliche Doppelstruktur wohl unproblematisch für die soziale Differenzierung und führte darüber hinaus auch dazu, dass es in NRW im Bundesvergleich besonders wenige private Grundschulen gab. Allerdings nutzen immer mehr Eltern – trotz einer zunehmenden Säkularisierung der Gesellschaft – Bekenntnisschulen, um ihre Kinder von Schülerinnen und Schülern mit anderen ethnischen oder weltanschaulichen Wurzeln abzugrenzen, auch weil es keine festen Einzugsgebiete für diese Schulform gibt (seit dem Schuljahr 2008/09 bestehen insgesamt keine Grundschuleinzugsgebiete mehr in NRW). Dies ist besonders problematisch, da in NRW die soziale Spaltung der Gesellschaft entlang ethnischer und religiöser Grenzen verläuft.

Die Privatisierung von Grundschulen ist das zweite Anzeichen, das auf eine zunehmende horizontale Ungleichheit im deutschen Schulsystem deutet. Zwar ist der Anteil privater Grundschulen aufgrund der oben genannten historischen Entwicklung traditionell niedrig. Doch ihre Anzahl steigt schnell, von 1992 bis 2016 um 345 Prozent. Zum Vergleich: Der Anteil privater Schulen im allgemeinbildenden Bereich legte insgesamt um 138 Prozent zu. Der starke Privatisierungsanstieg ist einerseits auf Nachholeffekte in den ostdeutschen Regionen zurückzuführen; andererseits kam es aber auch zu einem hohen Zuwachs privater Grundschulen im städtischen Raum. In den größeren Städten Mecklenburg-Vorpommerns (Schwerin, Rostock, Greifswald und Neubrandenburg) und in Potsdam liegt der Anteil privater Schulen mit Grundschulanteil an allen Grundschulen bei 25 bis 40 Prozent. Einige westdeutsche Städte, vor allem Universitätsstädte, weisen einen Privatgrundschulanteil von rund 25 Prozent auf (etwa Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Darmstadt oder Regensburg). Es hat sich somit ein Parallelsystem von öffentlichen und privaten Grundschulen herausgebildet. Bedenklich sind dabei vor allem die Entwicklungen in Mecklenburg-Vorpommern, denn private Grundschulen sind hier in den größeren Städten häufig an Schulen mit einer gymnasialen Oberstufe angeschlossen. Die eigentlich durch die Weimarer Reichsverfassung und im deutschen Grundgesetz vorgesehene Abschaffung der Vorschulen scheint also in neuer Gestalt im Grundschulbereich wiedergekehrt zu sein. Dies gefährdet das Ideal einer gemeinsamen Grundschule für alle Kinder und widerspricht Artikel 7 Absatz 5 des Grundgesetzes, der im Kern die Gründung privater Grundschulen begrenzt.

Denn Studien des WZB belegen, dass private und öffentliche Grundschulen besonders in Großstädten sozial gespalten sind. Weitere Studien zeigen, dass die soziale Zusammensetzung der Schulgemeinschaft an privaten Grundschulen heute vergleichbar mit jener der öffentlichen Gymnasien ist. Die Tatsache, dass Privatschulen einzugsgebietsfrei sind, sich Eltern also die Schule wohnortunabhängig aussuchen können und nicht für die Wunschschule umziehen müssen, ist ein Grund für diesen Trend.

Das wichtigste und folgenschwerste Merkmal horizontaler Ungleichheit im Grundschulbereich ergibt sich allerdings aus der Segregation durch das Wohnumfeld. Diese hat in den letzten Jahrzehnten in einigen deutschen Städten stark zugenommen und ist besonders deutlich bei Familien mit Kindern ausgeprägt. In 36 von 74 der größten deutschen Städte gibt es mittlerweile Viertel, in denen

mehr als die Hälfte aller Kinder in Familien aufwachsen, die von sogenannten Hartz-IV-Leistungen leben. Auf der anderen Seite gibt es Wohngebiete, in denen kaum noch arme Kinder leben. Besonders deutlich wird dies in Berlin, wo die soziale Spaltung an den Grundschulen mittlerweile das gleiche Ausmaß hat wie an den Sekundarschulen, mit ganz erheblichen Konsequenzen für den Schulbetrieb. Denn gerade Schulen in sogenannten sozialen Brennpunkten haben es besonders schwer, Lehrkräfte zu finden. Die Belastung ist hoch: Schülerinnen und Schülern stammen überwiegend aus benachteiligten Familien, hinzu kommen Sprachprobleme und dem Lernen abträgliche Verhaltensweisen, die den Unterricht zusätzlich stören.

Die zunehmende soziale Spaltung der deutschen Gesellschaft insgesamt schlägt sich also über den Wohnungsmarkt und den Rückzug des Staates aus der Wohnraumversorgung mittlerweile direkt in den Grundschulen nieder. Je homogener Grundschulen in ihrer Sozialstruktur werden (ob nun durch Wohnsegregation, Privatisierung oder Bekenntnisschulen), desto wichtiger wird die soziale und ethnische Zusammensetzung für die Schulwahl von Eltern. Ab einem gewissen Niveau könnte ein „Point of no return“ erreicht sein und ein Gegensteuern unmöglich werden. Die empirische Bildungsforschung und die Politik sollten deshalb die beschriebenen Trends stärker in den Blick nehmen.

#### **Literatur**

*Helbig, Marcel/Jähnen, Stefanie: Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. WZB Discussion Paper P 2018-001. Berlin: WZB 2018.*

*Helbig, Marcel/Konrad, Markus/Nikolai, Rita: Die Schulinfrastruktur in Ostdeutschland: Ein multimedialer Zugang zur Analyse der Veränderungen von Schulstandorten. WZB Discussion Paper P 2018-006. Berlin: WZB 2018.*

*Helbig, Marcel/Nikolai, Rita: Bekommen die „schwierigsten“ Schulen die besten Lehrer? Eine explorative Studie über den Zusammenhang von Schulqualität und sozialer Zusammensetzung von Schulen am Beispiel Berlins. WZB Discussion Paper P 2018-007. Berlin: WZB 2018.*

*Helbig, Marcel/Nikolai, Rita/Wrase, Michael: „Privatschulen und die soziale Frage. Wirkung rechtlicher Vorgaben zum Sonderungsverbot in den Bundesländern“. In: Leviathan: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 2017, Jg. 45, H. 3, S. 357-380.*



Marcel Helbig hat eine Sonderprofessur für „Bildung und soziale Ungleichheit“ der Universität Erfurt und des WZB inne. Als Bildungssoziologe untersucht er Fragen der Ungleichheit, der Bildung und Ausbildung sowie der Schulpolitik. (Foto: David Ausserhofer)

[marcel.helbig@wzb.eu](mailto:marcel.helbig@wzb.eu)